

Ministerpräsident Stanislaw Tillich
Staatsminister der Finanzen Prof. Dr. Georg Unland

Aufforderung zu Tarifverhandlungen zur Eingruppierung der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen und Hochschulen des Freistaates Sachsen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Staatsminister der Finanzen,

die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB fordert den Freistaat Sachsen zu Tarifverhandlungen zur Eingruppierung der als Arbeitnehmer/innen beschäftigten Lehrkräfte an den öffentlichen Schulen und Hochschulen in Sachsen auf.

Nachdem es wiederholt zu keiner Einigung mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über eine tarifliche Lehrer-Entgeltordnung gekommen ist, sehen wir nunmehr in Sachsen – auch im Kontext der Lehrernachwuchsgewinnung - dringenden Handlungsbedarf.

Der Freistaat Sachsen hat politisch entschieden, Lehrkräfte nicht im Beamtenstatus zu beschäftigen. Damit sind Sie als Arbeitgeber von rd. 30.000 tarifbeschäftigten Lehrkräften auch in der politischen Verantwortung, den tariflosen Zustand bei der Eingruppierung zu beenden und der grundgesetzlich geschützten Tarifautonomie im Bereich der eigenen Beschäftigten uneingeschränkt Geltung zu verschaffen. Es gibt keinerlei Begründung dafür, gerade Lehrkräfte - die größte nicht verbeamtete Beschäftigtengruppe im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen – ohne tarifliches Eingruppierungsrecht zu lassen.

Da Sie unser Angebot, die Eingruppierung der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Tarifverhandlungen zur Gestaltung des Generationenwechsels im Schulbereich einzubeziehen, ausgeschlagen haben, müssen wir dieses dringend zu bearbeitende Thema nun gesondert aufrufen. Wir fordern Sie deshalb auf, mit uns **Verhandlungen über tarifliche Eingruppierungsregelungen für die Lehrkräfte im Arbeitsverhältnis mit dem Freistaat Sachsen** aufzunehmen.

Wir sind überzeugt, dass es möglich ist, gemeinsam zu einer tarifvertraglichen Lösung zu kommen, welche den besonderen Bedingungen im Bildungswesen unseres Landes gerecht wird, und erwarten ihre Rückmeldung bis zum formalen Schuljahresende am 31. Juli 2013. Wir gehen davon aus, dass wir zeitnah Gelegenheit zu einem ersten Gespräch haben werden.

Dr. Sabine Gerold
Landesvorsitzende

Dresden, den 11. Juli 2013